

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

137 (17.6.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Rechte Nachrichten und Telegramme: W. Kolb; für den übrigen Teil: A. Weichmann.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die Finanzreform vor dem Reichstag.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Fürst Bülow, die Staatssekretäre v. Weichmann-Hollweg, Sydow, Dernburg und Kräfte, die Minister v. Rheinbaben, v. Einem und Delbrück, Reichsbankdirektor Habenschein, sowie Unterstaatssekretär v. Loebell.

Das Haus ist sehr gut besetzt, die Tribünen überfüllt. In der Hofloge wohnen Prinz und Prinzessin August Wilhelm den Verhandlungen bei.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Erster Beratung der Ersatzsteuervorlagen zur Reichsfinanzreform.

Reichskanzler Fürst Bülow geht, die Einzelheiten der Vorlagen den Ressortvertretern überlassend, zunächst auf sein Verhältnis zu den großen Parteien ein und weist die Meinung zurück, daß das Zentrum bei der Finanzreform ausgeschaltet worden sei. Ich hindere, führt der Reichskanzler aus, überhaupt keine Partei an der sachlichen Mitarbeit. Auch durch persönliche Feindseligkeit des Zentrums, die bis zur Verdächtigung meiner Kaisertruppe gegangen ist, werde ich mich sachlich nicht beeinflussen lassen. Der Reichskanzler wendet sich sodann zum Liberalismus, dessen Teilnahme an der Gesetzgebung im Interesse der ruhigen Entwicklung höchst wünschenswert sei und gibt eine geschichtliche Betrachtung über den Anteil des Liberalismus an der Reichsgründung und Reichsentwicklung. Die Märtyrer der deutschen Idee sind aus dem liberalen Lager hervorgegangen. Den liberalen Geist auszuschalten wäre historisch ein Unrecht und politisch ein Fehler, aber die Schwäche des Liberalismus, der doktrinäre Zug, hat sich bei der Finanzreform schwer geltend gemacht. Der Liberalismus könnte bei verschiedenen Fragen agrarfreundlicher sein und doch liberal bleiben. (1) Bei meinen Besprechungen mit den Liberalen wurde mir gesagt: Sie haben ja eigentlich recht, aber unser Programm! Nun zur Haltung der Konservativen. Der Bruch mit dem Zentrum ist eingetreten wegen dessen Herrschgelüsten. (Hört, hört!) Auch den Konservativen kann ich mich nicht unterordnen. Mein Minister schätzt die Bedeutung der Konservativen höher als ich; (Sehr richtig!), das habe ich vom ersten Tag meiner Kancelarie an bewiesen. Die Beilegung der verfahrenen Kanalvorlage; die Spannung zwischen der Krone und den Konservativen ist beseitigt. Von der ersten Stunde an bin ich für die Wünsche, Interessen und Rechte der Landwirtschaft eingetreten, aber ich werde mich von der Linie, die die Staatsraison vorschreibt, auch nicht von den Konservativen abdrängen lassen. („Hört, hört!“) Der Redner gibt sodann eine längere Würdigung der historischen Verdienste der Partei und fährt fort: Die Regierung kann aber nicht die Geschäftsführerin der Konservativen werden, so wenig ich von ihnen verlange, Regierungspartei sans phrase zu sein. Die Konservativen würden ihr eigenes Grab graben, wenn sie nicht rechtzeitig unhaltbare Positionen räumen, sie würden aber für alle Zeiten ein bedeutender Faktor des politischen Lebens bleiben, wenn sie sich von den Aufgaben der Zeit erfüllen lassen. Ihr „Unannehmbar!“ könnte jetzt vielleicht die Erbschaftsteuer zu Fall bringen, aber nicht für künftig beseitigen. („Sehr richtig!“ bei den Nationalliberalen.) Ihre Haltung in dieser Frage wird auf die Nation einen tiefen Eindruck machen. (Hört, hört!) Die Ablehnung könnte einen gefährlichen Widerstand gegen die konservativen erzeugen und den Radikalismus stärken. Nach Ausführungen über die politische Berechtigung des Gedankens der Modifikation erklärte der Kanzler sodann zusammenfassend: Ich betrachte es in Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen als ein nobile officium als gerecht und sozialpolitisch notwendig, daß ein beträchtlicher Teil der neuen Steuern von den Bestehenden getragen wird; ich halte an der Erbschaftsteuer fest. (Weifall links.) Ich lehne es ab, im Bundesrat die Steuer zu vertreten, die Handel und Verkehr schwer schädigen, die Industrie unerträglich belasten und unsere gesamte wirtschaftliche Stellung schwächen würde. Die Finanzreform kann nach wohl begründeter Ansicht aller verbündeten Regierungen, die in voller Einmütigkeit zusammenstehen, nur zustande kommen, wenn die Reichstagsbeschlüsse sachlich vertreten sind und nach sachverständiger Schätzung den unbedingt notwendigen Betrag in voller Höhe erbringen. Ich halte noch an der Hoffnung fest, daß Gemeinnutz, nationales und soziales Empfinden über Kleinlichkeiten und wertloses Gezänk siegen wird. (Hört, hört!) In dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung des Landes, das die Größe der nationalen Aufgabe würdigt und früher oder später mit den Parteien, die das nationale Werk schädigen oder gefährden wollen, streng ins Gericht gehen wird. (Zustimmung auf verschiedenen Seiten.) Schließlich ein persönliches Wort über die Frage meines Gehens

oder Bleibens. Ich bleibe, so lange der Kaiser glaubt, daß meine Mitarbeit in der auswärtigen oder inneren Politik dem Reiche nützlich ist, so lange ich selbst glaube, nach meiner eigenen politischen Ueberzeugung und Beurteilung der Lage nützlich wirken zu können. (Hört, hört!) Der großen Sache, der Finanzreform, ordne ich selbstverständlich auch meine Person unter. Wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß meine Person der Sache entgegen sei, daß ein anderer leichter zum Ziele gelangen würde, oder wenn eine Entwidlung einträte, die ich nicht mitmachen kann oder will, so wird es mir auch möglich sein, den Kaiser von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß meinem Nachfolger voller Erfolg beschieden sein möge, ebenso ehrlich sein, als mein Bemühen im Dienste des Landes es war. (Weifall und Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Staatssekretär Sydow: Das Ergebnis der Kommissionsberatung über die Verbrauchssteuern werde keine wesentliche Aenderung erfahren, verspreche einen Ertrag von 360 Millionen. Hinsichtlich der Kommissionsbeschlüsse über die Vermögenssteuer gilt der Satz: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt!“ Die vorgeschlagene Kottierungssteuer würde den Handel schwer schädigen. Das deutsche Kapital würde ins Ausland abwandern. Auch würde der finanzielle Erfolg den Erwartungen nicht entsprechen. Bei der Branntweinsteuer und der Erbschaftsteuer ist in direkter Weise auf die Landwirtschaft Rücksicht genommen. Andererseits darf Handel und Gewerbe keinen dauernden Schaden erleiden. Die Mühlensteuer wird nach Ansicht der verbündeten Regierungen ihren Zweck nicht erreichen, die kleineren Mühlen vor dem Erdrückwerden durch die großen zu schützen. Den Kohlenausfuhrzoll lehnen die verbündeten Regierungen gleichfalls ab, da er eine Industrie treffen würde, der die neue Reichsversicherungsordnung große Lasten auferlegen wird. Die Frage einer Wertzuwachssteuer für Grundstücke halten die verbündeten Regierungen noch nicht für spruchreif. Auch handelt es sich um eine schwankende Einnahme, die höchstens auf 20 Millionen zu beziffern ist. Nach Ausscheiden der Kottierungssteuer, des Kohlenausfuhrzoll und der Mühlensteuer würde eine Lücke von 140 Millionen entstehen. Keine Steuerart trifft aber alle Arten des Besitzes so sicher, wie die Erbschaftsteuer. Eine sichere Feststellung der der Steuer unterliegenden Nachlassfachen wird ermöglicht und dem Vorwurf begegnet, daß das immobile Kapital leichter zu fassen sei als das mobile. Die Besteuerung der Feuerversicherungsapoliace bedeutet keine erhebliche Belastung. Die Grundstückumsatzsteuer, die Erhöhung des Stempels auf Wechsel und der Scheckstempel sind keine Besitzsteuern. Durch die Umsatzsteuer wird der städtische Besitz mit etwa zwei Dritteln, der ländliche mit einem Drittel belastet. Durch den Wechselstempel wird der Handel im großen und ganzen nicht empfindlich getroffen werden. Der Scheckstempel ist vorgeschlagen zur Ausfüllung der entstandenen Lücke. Der legitime Scheckverkehr wird dadurch keinen Abbruch erleiden. Ich hoffe daß in dieser Frage das Gefühl von der Notwendigkeit siegen und sachliche Rücksichten für die Entscheidung maßgebend sein werden.

Abg. Baffermann (natl.): Der Reichskanzler hat uns heute ein klares Programm hinsichtlich der Finanzreform gegeben. Für dieses klare Programm sind wir und das Land ihm dankbar. (Waboo!) Von den heute vorgeschlagenen Ersatzsteuern werden meine Freunde die Erbschaftsteuer ohne weiteres annehmen, ebenso die besondere Bestimmung für den Grundbesitz. Handel und Industrie sind mit diesem Vorschlag einverstanden, obwohl gerade sie am meisten betroffen sind. Die Nationalliberalen stimmen geschlossen für die Erbschaftsteuer mit ihrer Ausdehnung „auf Kinder und unbeeerbte Ehegatten“. Die Kottierungssteuer ist für uns unannehmbar. Sie würde vielfach auf die kleinen Kapitalisten abgewälzt werden und durch die Belastung der Hypothekendarlehen zur Verleuerung des Geldes führen, sowie viele Unternehmungen ins Ausland drängen. Wenn andererseits ausländische Werke in Deutschland besteuert werden, so wird das unsere politischen Beziehungen zum Ausland schädigen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Gesetze fördern den Verkehr und den Unternehmungsgeist. Bei der ganzen Stempelsteuergesetzgebung werden Sie eine große Enttäuschung erleben. Die Politik, die in der Kottierungssteuer liegt, ist antinational und antisozial. Wir stehen heute noch nicht vor der letzten Finanzreform. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir Wirtschafts- und Verkehrsleben entwickeln und nicht hemmen. Unsere Industrie ist in eine Kampfesstellung gedrängt und hat sich zum Kampfband zusammengeschlossen. In den Vorlagen der Kommission liegt wieder viel Mittelstandsfeindlichkeit. (Lachen beim Zentrum.) Wir stimmen der Finanzreform nur zu wenn zu der Belastung des Konsums eine allgemeine Besitzsteuer kommt. Redner geht des weiteren auf die Vorgänge bei der Gründung des Panjabundes ein und verteidigt sodann den Modgedanken als berechtigt. Der Reichskanzler werde das durch den Mod Geschäftene nicht dadurch zerlösen, daß er einer Finanzreform seine Zustimmung gebe, die dem Liberalismus ins

Gesicht schlage. (Weifall bei Nationalliberalen. Lachen im Zentrum. Erneuter Weifall.) Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Neueste Nachrichten.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 16. Juni. Die Budgetkommission des Reichstages beriet heute eine Resolution zu dem Entwurf des Besoldungsgesetzes, die verlangt, daß in dem Nachtragsetat für 1909 die Zulagen für Beamte und Offiziere aufgeführt werden, welche in den Anlagen des Besoldungsgesetzes genannt werden. Dabei werden eine Reihe von Ausnahmen gemacht. Die Resolution wird angenommen. Nunmehr wird das Besoldungsgesetz in zweiter Lesung beraten. Dazu liegen Abänderungsanträge des Referenten, meist redaktioneller Natur, vor. Es werden die Beschlüsse der ersten Lesung aufrechterhalten. Bei § 12 entspinnt sich eine längere Debatte. Es heißt dort: Eine Dienstalterszulage kann verlagert werden, wenn gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Ausstellung vorliegt. Dazu wird von sozialdemokratischer Seite beantragt, daß die Verjagung nicht aus religiösen oder politischen Gründen erfolgen darf. Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und der § 12 in der Fassung Dröschers angenommen. Nächste Sitzung am 22. Juni.

Besuch des Reichstags in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 16. Juni. Der Besuch der Reichstagsabgeordneten bei dem Grafen Zeppelin ist nunmehr auf den 6. Juli festgesetzt worden.

Kampf zwischen griechischen Banden und türkischen Soldaten.

Konstantinopel, 16. Juni. In der Umgebung von Gachoria fand ein mörderischer Kampf zwischen griechischen Banden und türkischen Gendarmen statt, wobei letztere vollständig aufgerieben wurden. Die Griechen zogen sich mit Einbruch der Dunkelheit in die umliegenden Wälder zurück.

Privat-Telegramme.

Die politische Presse zur Bülow-Rede.

Berlin, 17. Juni. Die hauptstädtische Presse beschäftigt sich natürlich des längeren mit Bülows Rede. Es ergibt sich aber merkwürdigerweise nichts, was besondere Veranlassung zur Registrierung böte. Daß die Liberalen Bülows Rede überschätzen, wußte man, und daß sich die Konservativen nicht von der Notwendigkeit der Einführung der Erbschaftsteuer durch Bülow überzeugen lassen, war von vornherein klar. Nur die „Kreuzzeitung“ will die Erinnerungen an die bisherigen Kämpfe um die neuen Steuern begraben und die Durchführung der Reform unter allen Umständen sichern. Die Konservativen würden dazu mitwirken. (Aber wie? Red.) Nach dem „Berliner Tageblatt“ haben sich die Ansichten auf Annahme der Erbschaftsteuer gebessert. Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung beschloßen, für sie einzutreten.

Seidelberg, 17. Juni. Einen herrlichen Sieg haben die freien Gewerkschaften bei den gestern und vorgestern vorgenommenen Wahlen der Delegierten der Arbeitervertreter bei der Allgem. Ortskrankenkasse davongetragen. Ihre Liste erhielt 1473, die der christlichen und sogen. nationalen Arbeiter nur 567 Stimmen.

Ein dreifacher Raub

wurde in Leipzig Mittwoch Mittag an der belebtesten Stelle der Stadt, vor dem Hauptpostamt auf dem Augustusplatz, verübt. Der Kurier eines Geschäftsführers hatte für seine Firma 3000 M. auf einen Scheck erhoben und entfernte sich mit dem Gelde in der Hand, als plötzlich zwei Männer auf ihn eindrangen, ihm das Geld entrißen und flüchteten. Einer der Leute, Ivanow Schulwarz aus Kiew, wurde verhaftet, während der andere mit dem Gelde trotz eifrigster Verfolgung durch zahlreiche Passanten entkam. Der Verhaftete gibt an, daß er und sein Genosse in London domizilierten und sich nur vorübergehend nach Leipzig begeben hätten.

Drei Arbeiter getötet.

Münster, 16. Juni. Durch Einatmung giftiger Gase wurden drei Arbeiter der Eisenbahn-Gasanstalt getötet.

Ein Opfer der Wilderer.

Saargemünd, 15. Juni. Bei Salzbrunn-Saaralben fand man den Jagdaufscher der deutschen Solvay-Werke, Charles Keller, ermordet auf. Wahrscheinlich ist er Wilderern zum Opfer gefallen. Sieben Kinder nebst einer unheilbar erkrankten Frau trauern um den Ernährer.

urg.
eum.
16. Juni
der inter-
mpf-
m den
vom Groß-
aden 1909
seim Ge-
don
000.
b ringen:
Champion
gegen Stud.
Galtzien.
I. Meister-
uropa gegen
Berlin.
Kestian, gegen
Champion von
and.
nen enga-
kertruppen,
einzelne
Attraktion
sowie Kine-
in höchster
der Wille-
ber, Kaiser-
Schiffstraße,
8117
nie dage-
en, gewöhn-
umspreise.
urg.
rehr. Arbeiter-
Geschäft
elle und saubere
ichert. 3118
ende, Feiler
eran 24.
Alona
Fahrad
ie enorm billig.
Vertreter ge-
hans Wichner
S. G.
n Raub
ermittler
erstraße 29
bei allen vor-
araturen, An-
Wischen von
offenhalter An-
werden fort-
leumungige zu
Preisen über-
3120
er gute
Kartoffeln
t. Off. mit Preis-
eller unter 3115
n d. Blattes erb.
bin Hofmann
straße 83,
den tit. Vereinen
ommenden Selbst-
3116
beer-
aft,
iert rein
50 Pfg
abgefüllt zu
65 Pfg.
1.10
werden mit 5
Pfg. zurück-
gütet. 2850
uch & Co.
b. H.
Verkaufsstellen
ube, Durlach,
im Raftatt.

Politische Uebersicht.

Zentrumsarbeiter über die Zentrumspartei.

Die Ablehnung der Nachlasssteuer durch den konservativ-kerikalen Block gibt der kerikalen „Westd. Arbeiterzeitung“ Anlaß zu folgender Kritik:

„Bedaauerlich ist selbstverständlich, daß die Nachlass- bzw. erweiterte Erbschaftsteuer keine Annahme gefunden hat. Die oben angeführten Besitzsteuern sind ein schlechter Ersatz dafür, ein Notbehelf, den man nur hinnehmen darf, wenn unter allen Umständen die Erbschaftsteuer nicht zu haben ist. Die Besitzsteuern der Kommission bilden einmal keine allgemeine Besitzsteuer, wie wir bereits ausgeführt, sondern es stehen ihnen entschieden große Bedenken entgegen, nicht zuletzt volkswirtschaftlicher Natur. Wir sind durchaus keine Feinde einer Besteuerung der Börsengewinne. Aber die Börsensteuer muß so geregelt werden, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Börsengeschäfts nicht leidet. Dafür dürften auch konservative Parteien einiges Verständnis haben, ohne Gefahr zu laufen, sich etwas zu vergeben. . . . Es braucht gottlos noch nicht als ausgeschlossen zu gelten, daß die „Lösung“ der Kommission, sowohl nach der Richtung der Verbrauchs- und Verkehrssteuern, wie nach der anderen der Besitzbelastung, durchaus erwünschte Korrekturen erfährt. Ein Hoffnungsstimmer ruht auf den Beratungen im Plenum des Reichstags. Warum sollte nicht auch unsere Zentrumsfraktion in der einen oder anderen Richtung hin noch „umlernen“ können?“

Schreiben dürfen ja katholische Arbeiter so etwas, aber von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie sich darnach richten — das dürfen sie nicht. Wie beim Zolltarif, so werden auch jetzt bei der Steuerberatung die katholischen Arbeiter von ihren glaubensverwandten Grafen und Abgeordneten zum Affen gehalten werden.

Reichseinnahmen 1908.

Im Rechnungsjahre 1908 sind, nach dem „Zentralblatt für das deutsche Reich“ folgende Einnahmen des deutschen Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren, abzüglich der Ausführungsergütungen usw., sowie der Verwaltungskosten zur Reichskasse gelangt:

- Zölle 545 956 360 M. (— 98 788 704 M.), Tabaksteuer 10 814 658 M. (— 147 916 M.), Zigarettensteuer 15 629 184 (+ 2 949 276 M.), Zuckerversteuer 144 085 575 M. (+ 5 720 144 M.), Salzsteuer 57 592 469 M. (— 151 252 M.), Branntweinsteuer: a) Maßbottichsteuer 13 032 591 M. (+ 64 458 M.), b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag 105 576 456 M. (— 4 743 659 M.), c) Brennsteuer 2 470 577 M. (+ 5 076 938 M.), Schaumweinsteuer 5 491 646 M. (+ 134 913 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 51 048 258 M. (— 2 723 616 M.), Spielartenstempel 1 785 314 M. (— 10 639 M.), Wechselstempelsteuer 16 405 966 M. (— 931 826 M.), Reichsstempelabgaben: 1. Uebertreibungssteuern: A. von Wertpapieren 27 152 775 M. (+ 3 234 896 M.), B. von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgegenständen 12 021 500 M. (+ 2 899 279 M.), C. von Lotterielosen: a) für Staatslotterien 32 350 660 M. (+ 313 063 M.), b) für Privatlotterien 10 753 604 M. (+ 1 065 919 M.), 2. Reichseigene Steuern: A. von Frachtfurden 14 107 127 M. (— 1 608 752 M.), B. von Personenfahrzeugarten 18 463 825 M. (— 720 264 M.), C. von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge 1 876 668 M. (+ 309 398 M.), D. von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten 3 352 617 M. (— 774 841 M.), Erbschaftsteuer 30 082 093 M. (+ 3 817 849 M.), Statistische Gebühr 1 446 193 M. (— 62 248 M.).

Reaktionäre Hoffnungen.

Noch hat sich über unserm Genossen Goldstein das Grab nicht geschlossen, als auch schon die Reaktion laut und deutlich die Hoffnung verkündet, daß es gelingen könne, uns den Wahlkreis Stolberg-Schneeberg zu entreißen. Auf welche schwachen Füßen diese Hoffnung an sich schon beruht, das erhellt daraus, daß bei der letzten Wahl von 37 444 Wahlberechtigten 19 000, also die abso-

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

187

(Fortsetzung.)

Ja, sagte Oswald; ich erinnere mich Ihrer Erzählung, die durch das Hereintreten Herrn von Cloten's unterbrochen wurde, sehr wohl. Ich vergaß hernach, Sie um die Fortsetzung zu bitten. War es nicht so? Sie hatten das Mädchen, als Sie, fern von der Wohnung, in dem Walde herumirren sahen, in einem Zigeunerlager, das für den Augenblick von der übrigen Wunde verlassen war, gefunden. Sie erblickten und sie liebten, war eins. Sie verlebten mit ihr in der romantischen Einsamkeit mehrere glückliche Tage. Die Geschichte schloß mit folgendem Tableau: Zigeunerlager im Walde — Sonnenuntergang — unter dem überhängenden Dache einer breitflügeligen Wunde ein liebendes Paar auf schwellendem Moossteppich — Ihr Gedächtnis ist gut, sagte der Baron, auch haben Sie die Stimmung, welche ich damals dem Bilde gab, getreu reproduziert. Ich werde nur nachträglich noch einige Schlaglichter hineinzeichnen müssen. — Ich sah also mit der Zingarella — Kenobi war ihr hübscher Name — in der von Ihnen angedeuteten Situation. Ich sang das alte Finkenlied von der Liebe, die nimmer enden würde, und das holde Vögelchen traute der alten falschen Weise und lärmte sich innig und inniger an mein Herz. Da plötzlich erkante Fußschlag durch den stillen Wald und das Rachen und Schwagen einer fröhlichen Cavalcade. Ich hatte kaum noch Zeit, die Kleine unsanft von meinem Schoß zu stoßen und mich zu erheben, als die Schat schon unter den hohen Bäumen hervor auf den Platz geprengt kam. Es waren meine Wirte: der junge Graf Crybany mit seinen Schwägern und mehreren Herren und Damen aus der Nachbarschaft. Sie können sich die nun folgende Szene denken. Ich wurde sofort umringt und mit Fragen überschüttet: Wo ich gewesen? wie ich hierher gekommen sei? — Ich dachte, die Wölfe hätten Sie zerrissen! rief der Eine; oder Sie hätten sich aus unglücklicher Liebe erschossen, ein anderer. — Ich habe des Rätsels Lösung! rief ein Dritter: Liebe freilich ist im Spiel, aber bei

lute Mehrheit der Wahlberechtigten, sozialdemokratisch gewählt hat. Nun ist es ja richtig, daß die Gegner die Krankheit des Genossen Goldstein, die ihn hinderte, in den Parlamenten tätig zu sein, in der gewissenlosesten Weise ausgenützt haben. Allein man hat es hier mit einem Wahlkreis zu tun, der seit langer Zeit unbestrittener sozialdemokratischer Besitz ist und es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Parteigenossen in dem Kreise mit Feuereifer an die Arbeit gehen werden, um den Reaktionen ein für allemal die Luft zu vertreiben, einen Sieg in dieser Hochburg der Sozialdemokratie in den Kreis ihrer Berechnung zu ziehen.

Ein echter Bülow.

Die bülowoffizielle Presse verkündet, daß ihr Herr und Meister die neuen Steuerentwürfe mit einer großen Rede im Reichstag einbringen werde. Auf Einzelheiten der Gesetzentwürfe werde er allerdings nicht eingehen, das bleibe dem Schatzsekretär Sydow überlassen. Das heißt mit andern Worten: Der Reichszankler wird wieder einmal einen großen Phrasenschwall von sich geben und auf die Einzelheiten der neuen Steuerentwürfe geht er deshalb nicht ein, weil er sich nicht damit befassen hat. Als die ersten Steuerentwürfe eingebracht wurden, hat es der Reichszankler genau so gemacht. Damals hielt Herr Sydow seine bekannte vierstündige Rede, bei deren Schluß fast kein Mensch mehr im Saale anwesend war. Es steht noch nach an dem „großen Tag“ wieder eine Leistung des Reichszanklers zu erwarten, aus der auch seine besten Freunde kaum Flug werden dürften.

Als Einleitung zu neuen Steuererhöhungen bezeichnet eine aus parlamentarischen Kreisen stammende Ausfertigung der „Nöb. Korr.“ die neuen Steuerentwürfe. Die Erbschaftsteuer sei in ihrem Ertrag völlig unberechenbar und da auf der andern Seite steigende Ausgaben für Heer und Marine zu erwarten sind, so kam von einer gründlichen Sanierung der Reichsfinanzen absolut keine Rede sein. Die Erbschaftsteuer stelle eine einseitige Begünstigung der Agrarier dar.

Ausland.

Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Triest, die am vergangenen Sonntag vorgenommen wurden, erhielt keiner der 16 Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit, jedoch für sämtliche Mandate Stichwahlen erforderlich sind. Die Sozialdemokratie kommt mit 11 Mandaten in die Stichwahl.

Die Vereinigten Staaten von Südafrika. In Natal ist in diesen Tagen das Resultat der Referenturats über den Anschluß dieser Kolonie an dem südafrikanischen Staatenbund bekannt geworden. Für die Union wurden 11 121, dagegen 3701 Stimmen abgegeben. Damit ist der südafrikanische Einheitsstaat eine vollendete Tatsache geworden. Demselben gehören bekanntlich an: Kapkolonie, Transvaal, Orangestaat und Natal. Das Parlament dieses Staatenbundes wird aus einem Senat von 32 Erwählten und 8 ernannten Mitgliedern und einer Kammer von 121 Mitgliedern bestehen, die von den vier Kolonien im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung europäischer Abstammung gewählt werden. Zur Kammer wählt die Kapkolonie 41 Abgeordnete, Transvaal 36, Natal und Orangestaat je 17. Holländisch und englisch sind gleichwertig als offizielle Geschäftssprachen anerkannt und die vier Kolonien werden zu Provinzen, an deren Spitze ein Gouverneur mit einem Provinzialrat steht. Das Parlament ist in Kapstadt, während der Sitz der Regierung Pretoria ist.

Hat man also zwischen den beiden hauptsächlichsten europäischen Stämmen (Engländer und Holländer) eine volle Gleichberechtigung hergestellt, so hat man die Schwarzen gänzlich rechtlos gelassen. Obwohl diese in der Kapkolonie wenigstens ein beschränktes Wahlrecht hatten, sind sie in der neuen Konstitution gänzlich unberücksichtigt geblieben. Man hat also in dem neuen „Land der Freiheit“ gleich von Anfang an neben der Klassenherrschaft auch die Rassenunterdrückung aufgerichtet.

Badische Politik.

Das „bauernfreundliche“ Zentrum.

Wenn ein Sozialdemokrat in der Landwirtschaftsdebatte darauf hinweist, daß in bäuerlichen Kreisen noch vielfach ein großer Aberglaube herrscht und wenn er gar den Bauern den Rat gibt, weniger auf den Erfolg der Bittprozessionen, als auf die eigene Intelligenz und auf die Errungenschaften der Agrarwissenschaft seine Hoffnungen zu setzen, dann schreit die Zentrumspresse in allen Tonarten Jeter und Mordio über die „Bauernfeindlichkeit“ der Sozialdemokraten. Was sie in diesen Dingen an demagogischer Entstellung und Verzerrung alles fertig bringt, darüber hat man gerade in Baden reichliche Erfahrungen sammeln können. In Wirklichkeit verfolgt die Zentrumspresse dabei nur den Zweck, die Bauern von den bedenklichen Spuren, welche die Bauernpolitik des Zentrums verfolgt, abzulenken. Tatsache ist und bleibt, daß die Krise, unter welcher unsere Bauernschaft zu leiden hatte und heute noch vielfach leidet, nicht so sehr auf die weltwirtschaftliche Konkurrenz an sich, als vielmehr auf die mangelhafte Anpassungsfähigkeit an die nun einmal veränderten Zeit- und Produktionsverhältnisse zurückzuführen ist. Deshalb hat die Sozialdemokratie immer alle Bestrebungen lebhaft in den Landtagen unterstützt, die den Zweck hatten, die Bildung und den Fortschritt auch in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung zu heben und zu fördern. Bessere Schul- und Fachbildung sind die unbedingten Erfordernisse auch für den Bauern, den heute tobenden Konkurrenzkampf mit Erfolg zu bestehen. Das Zentrum steht aber in allen Bestrebungen, die eine durchgreifende Reform unserer Volksbildung herbeiführen wollen, mit Mißtrauen gegenüber. Dafür narret es unsere Kleinbauern mit der Agrarpolitik der ostelbischen Junker.

Es war ein glücklicher Gedanke, als der Vorstand der badischen Landwirtschaftskammer Vortragstourne arrangierte, in welchen die wichtigsten beruflichen Fragen erörtert wurden. Auf dem Gebiete kann gar nicht genug geschehen. Ein solcher Kurs fand im vorigen Jahre in Heidelberg statt und zwar mit wirklich bestem Erfolge. Der Bericht der Landwirtschaftskammer sagt darüber:

„... Es war auch sehr erfreulich, daß sich an diese Vorträge eine rege Diskussion angeschlossen. In eingehender Weise haben die Herren auf die verschiedensten und zahlreichen Fragen, die an sie gestellt wurden, Antwort gegeben, und es sind da sehr interessante Schlaglichter über die Wünsche und Ansichten der Herren Teilnehmer zutage gefördert worden.“

Man sollte meinen, daß diese Einrichtung umso mehr die einstimmige Anerkennung aller Landwirte hätte finden müssen, als der Präsident mitteilte, daß der Vorstand beabsichtigte, den nächsten Kursus in Mittel oder Oberbaden abzuhalten. Bei der Etatsberatung beantragte die Zentrumsmänner jedoch die Streichung der hierfür angeforderten Position von 3000 Mk. Frhr. v. Mengingen führte an:

„Das Beispiel von Heidelberg ist nicht geeignet, in uns die Ueberzeugung von der Nützlichkeit dieser Vorträge zu begründen. Wir sind der Meinung, daß die Veranstaltung in Heidelberg auf unsere bäuerlichen Verhältnisse nicht zugeschnitten war. . . . Für kleine Landwirte waren die Vorträge viel zu hoch. . . . Ich will in die nähere Besprechung der Heidelberger Veranstaltung nicht eintreten, um den Gefühlen der Erbitterung, die in manchen unserer Kreise herrschen, keinen Ausdruck zu verleihen und keine bittere Note in unsere Besprechung hineinzubringen. Aber ich kann Sie versichern, daß man über die Veranstaltung in Heidelberg in weiten Kreisen unseres badischen Bauernstandes nur eine Stimme hört, daß sie eine verfehlte und verwerfliche Einrichtung ist.“

Nichts ist bezeichnender für die Bildungsfeindlichkeit unserer Zentrumsmänner, als daß sie die von der Landwirtschaftskammer veranstalteten Vorträge über landwirtschaftliche Berufskursen als für die kleinen Landwirte zu hoch und deshalb als verwerflich

wollen, um anzunehmen, daß ich durch diese Tat einen Fluch auf mich geladen habe, den keine Reue wieder löst. Und nun werden Sie auch begreifen, was mir Czika ist — ein Engel im eigentlichen Sinne des Wortes, ein holder Bote des Himmels, der mir Friede! Friede! in das franke Herz singt. Hat mir das Bild des Kindes doch schon seit Jahren vor der Seele geschwebt, glaubte ich doch die Erfüllung meiner Träume schon zweimal leibhaftig vor mir zu sehen. Hier ist die rote Rose Kenobi noch einmal, aber in dem Morgentau süßester Unschuld. Die rote Rose, hat nun der Sturm des Lebens wohl schon lange gefnickt, und hätte ich sie auch damals treuer bewahrt — was würde die Welt, die kalte, freche, lästernde Welt aus der romantischen Liebe eines Barons und einer Zingarella zuletzt gemacht haben! Damals war ich zu jung und hätte die Geliebte vor dieser schönen Welt nicht verteidigen können; jetzt bin ich ein Mann geworden und habe bloß ein Kind, einen Findling zu sichern und zu schützen. Ich werde der Zigeunerin geben, was sie verlangt, und wärmsten, aufrichtigsten Dank in den Kauf. Ich hoffe, sie hat die Verabredung nicht vergessen. Halt, Karl! — Wir müssen hier aussteigen, um durch den Wald zu gehen. Ich kenne den Pfad von früher her noch ziemlich gut. Es ist die Stunde, welche uns die braune Gräfin bestimmte. Wir kommen gerade zur rechten Zeit.

Wollen wir nicht die Kleine lieber hier lassen? sagte Oswald.

Weshalb? fragte der Baron, der schon aus dem Wagen gestiegen war.

Das Kind hängt sehr an der Frau, die ja am Ende doch seine Mutter ist. Vielleicht wird es bei ihrem Anblick von der alten Liebe zum Waldesleben erfasst, und es gibt zum mindesten eine peinliche Szene.

Oswald sprach die Worte leise, denn Czika regte sich in seinen Armen.

Czika will mit, sagte das Kind plötzlich; Czika will in den Wald und den Mond und die Sterne durch die Zweige tanzen sehen. Czika kennt jeden Baum und jeden Busch.

Sie stand auf dem feuchten Waldboden und flachte vor Bergnigen in die Hände und tanzte und lachte und rief:

charakterisieren. „Zu hoch“ ist dem Zentrum für die Kleinbauern auf dem Gebiete der Fortbildung alles, was nicht in die Zentrumsbildungsabläufe paßt. Deshalb lehnten die Zentrumsagrarier auch die Kosten für die Drucklegung der Vorträge ab, desgleichen den Posten von 2000 Mk. für landwirtschaftliche Studienreisen. Wallfahrten nach Einsiedeln, Lourdes usw. sind im Interesse der Landwirtschaft vom Zentrumsstandpunkt aus zweckmäßiger, als landwirtschaftliche Studienreisen. Auch haben es die Zentrumsagrarier fertig gebracht, daß der Posten von 5000 Mk. für die Vorbereitung gezeichnet wurde; auch die für die Durchführung einer einheitlichen Buchführung sowie zur Beratung bäuerlicher Wirtschaften angeforderten 5000 Mk. wurden auf 2000 Mk. reduziert, weil den Herren zu viel Bildung bedenklich erschien.

Einer dieser Herren, ein Ratsherr Herr Grimm aus Kilsheim, meinte sogar, es würden viele Landwirte durch eine genaue Buchführung mit ihrem Stande unzufrieden werden. Sie würden ihre Söhne und Töchter in andere Stände hinüberleiten, sie würden sie dem Studium zuführen und in der Weise den Stand der Landwirte schädigen.

Die Buchführung ist heutzutage ein unbedingtes Erfordernis eines geordneten Geschäftsbetriebs, auch in der Landwirtschaft. Aber die Zentrumsagrarier wissen, warum sie gegen alle diese modernen Bestrebungen Front machen. Je rückständiger die Landwirte sind, um so bessere und zuverlässigere Wählertruppen bilden sie für die Zentrums-Partei.

Daß die Zentrumsagrarier schließlich gegen das Budget der Landwirtschaftskammer stimmten, sei nur nebenbei erwähnt. Der Landtagsabgeordnete Weißhaupt (Pfullendorf) erklärte sogar, es bedürfe keiner neuen Ausgaben, da die im Staatsbudget zur Förderung der Landwirtschaft eingestellte Summe vollausreichte. So etwas sollte sich ein Sozialdemokrat zu sagen erlauben. Die Waldmichelpresse würde daraus landauf landab Kapital für die „Bauernfeindlichkeit“ der Sozialdemokratie schlagen; so es aber ein wahrer Zentrumsler gesagt hat, schweigt es die „wahrheitsliebende“ Zentrums-Partei tot.

Die hier aufgeführten Tatsachen müssen bei der Landtagswahl auf dem Lande unsern Landwirten gesagt werden. Diese Stellung der Zentrumsagrarier in wichtigen Berufsfragen der Landwirtschaft und die Stellung zur Reichserbschaftsteuer, durch die fein eingiger der kleinen bäuerlichen Landwirte getroffen worden wäre, muß den Bauern die Augen öffnen.

Bären dienste

leistet die „Breisgauer Zeitung“ bezw. deren derzeitiger spiritus rector der nationalliberalen Partei. Nicht nur die Kleinliche, manchmal bis zur Lächerlichkeit getriebene Sozialistenfurcht, auch die sonstigen „Spezialitäten“ des Herrn Z. N. können die ohnehin bedenkliche Situation der Freiburger Liberalen nur noch bedenklicher machen. Neuerdings vertritt die „Breisgauer Zeitung“ sogar die Auffassung, die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen werde nicht kommen, wenn die Lehrer mit dem Gedanken der Verstaatlichung der Schule spielen, die Regierung werde darauf nie eingehen. Als ob es in solchen Dingen überhaupt ein Niemals gäbe. Der jetzige Zwitterzustand, in dem sich unsere Volksschule befindet, ist ganz unhaltbar. Schon jetzt leidet die Schule unter der Aufzählung der Klassen auf die Gemeinden.

Geradezu lächerlich ist es, wenn die „Breisgauer Zeitung“ den Lehrern einen Vorwurf daraus macht, daß sie die badische Volksschule als eine der rückständigsten bezeichnen. Diese Tatsache steht nun einmal fest — leider — und auf sie immer wieder hinzuweisen ist geradezu eine Pflicht. Auch die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß der Bürgermeister als Vorsitzender des Ortschulrats in vielen Fällen der Knecht des Ortsgeistlichen ist; das

Kommt, kommt! Du, Herr, und du, Mann mit den blauen Augen! Ezika will euch einen schönen Platz zeigen, Ezika kennt jeden Baum und jeden Busch im weiten Wald. Sie huschte auf einem schmalen Pfad, der sich von dem Wege, auf dem der Wagen hielt, seitwärts in den dichtesten Forst schlängelte, voraus, wie eine wilde Katze durch die Büsche schlüpfend, deren dünne Zweige wieder hinter ihr zusammenklüfften. Nur mit großer Mühe folgten die beiden Männer. Ezika war nicht zu bewegen, ihren Laus zu hemmen. Ihre einzige Antwort auf das: nicht so schnell, nicht so schnell, Ezika! nahm sie mit, Ezika! war der hell, lustige Schrei des jungen Falken, den sie wieder und wieder, lauter und schriller, wie Antwort heischend, erschallen ließ. Mählich ertönte die Antwort durch den stillen Wald, derselbe stolze Schrei, dessen sich Obenbur und Oswald noch so deutlich von jenem Morgen erinnerten, als die Jägerin aus der Ferne den Ruf der Kleinen erwiderte.

Da leuchtete ein roter Schein, der mit jedem Augenblick heller und heller wurde, durch die hohen Stämme der Bäume. Wir sind gleich am Ziele, sagte der Baron, welcher voranging.

Wirklich traten sie nach wenigen Minuten auf die Lichtung heraus, die Oswald von dem Nachmittage, als er sich auf dem Wege zur Melitta verirrt hatte, so unbergänglich war. Auf derselben Stelle, nicht weit vom Rande des Sumpfes, wo damals die Jägerin ihre Mahlgewalt tobte, brannte jetzt wieder ein Feuer, aber groß und mächtig, wie um die Szene in das hellste Licht zu setzen. Die Kronen der mächtigen Bäume glühten purpurrot oder tauchten in schwere Schatten, je nachdem die Flamme des Holzstoßes emporloderte oder zusammenfiel; von dem dunklen Wasserpiegel des Sumpfes erglänzte der Widerschein — und, umflossen von dieser magischen Beleuchtung, erblickten die Männer, als sie atemlos den Saum der Lichtung erreichten, die braune Gräfin auf den Knien vor Ezika, die sie mit Küßen und Liebkosungen überhäufte; während das Kind sich vergeblich bemühte, sie vom Boden emporzuziehen und sich endlich zu ihr auf die Kniee warf, ihr Haupt an dem Busen des Weibes verbergend.

Schweigend und regungslos standen die beiden Männer, tief ergriffen von dem Schauspiel einer so leidenschaftlichen Zärtlichkeit.

solte ein liberal sich dünkender Politiker am allerlehten bestreiten wollen.

Der Kampf gegen den „Radikalismus“, wie ihn die „Breisgauerin“ auf allen Gebieten führt, ist gerade für die Sache der Liberalen bedenklich. „Radikal“ ist bei diesem Blatte, bezw. bei seinem Redakteur alles, wofür er kein Verständnis besitzt. Die Politik der „mittleren Linie“, die das Blatte vorzieht, ist ein Sammelsurium von konservativen, clerikalen und scheinliberalen Auffassungen, die der Wirklichkeit nicht Stand halten können. Wenn die „Breisgauer Zeitung“ ihre bisherige Taktik auch bei den Wahlen fortsetzt, können sich die Nationalliberalen in Freiburg die Kosten eines Landtagswahlkampfes ersparen.

Die Organisationsfrage

ist bei den Arbeitern wenigstens prinzipiell gelöst, indem die zentrale Organisation allgemein als die zweckmäßigste und erfolgversprechendste anerkannt ist. Nicht so bei den Staatsbeamten. Es hat überhaupt lange gedauert, bis die Beamten die Notwendigkeit der Organisation erkannten. Mehr als die Beamten selbst haben die Regierungen dazu beigetragen, daß sich Beamtenorganisationen bildeten. Die größte badische Beamtenorganisation ist die der Eisenbahnbeamten. Die Eisenbahnarbeiter haben sich besonders organisiert und zwar in zwei Gruppen. Vor einigen Jahren ging die eine Gruppe der Eisenbahnarbeiterorganisation mit den Beamtenorganisationen ein Kartellverhältnis ein, das schließlich in diesem Frühjahr zur Gründung eines, wenn auch noch nicht auf streng zentraler Basis beruhenden Verbandes badischer Eisenbahnbeamten und Arbeiter führte, der durch ein gemeinsames Sekretariat seine Geschäfte besorgen läßt.

Gegen diesen Verband hat nun eine scharfe Opposition in den Reihen der Eisenbahnbeamten eingesetzt, die in einem Artikel der „Deutschen Eisenbahnbeamten-Zeitung“ ihren Ausdruck findet. Im Grunde genommen hat diese Opposition ihre Ursache im Standesdünkel. Viele Beamte können es noch nicht begreifen, daß die Beamten der Eisenbahn im wesentlichen ganz dieselben Interessen zu vertreten haben, als die Arbeiter. Handelt es sich bei den Beamtenorganisationen doch nicht um die akademisch gebildeten, als vielmehr nur um die mittleren und unteren Beamten. Die Opposition geht fast ausschließlich von den mittleren Beamten aus, unter welchen viele vorziehen, lieber der Organisation der Mägen zu gehören, als einem Verbandsangehörigen, dem auch eine Arbeiterorganisation, sowie die Organisation der unteren Beamten angeschlossen sind.

Man kann eine solche, die Notwendigkeit und Bedeutung einer großen achtunggebietenden Organisation nicht erfassenden Anschauung nur bedauern. Sie schmückt die Position der ganzen Beamten- und Arbeiterschaft gegenüber den Gemungen, die der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung aller im Wege stehen. Der größte Feind unserer mittleren Beamten ist der Standesdünkel, über den jeder vernünftige Mensch nur lachen muß. Welcher Unterschied ist denn zwischen einem Eisenbahnbeamten und einem Eisenbahnarbeiter? Ist der eine für den Eisenbahnbetrieb nicht so notwendig wie der andere? Ist die soziale Stellung so verschieden, daß nicht beide in einer Organisation vereinigt sein könnten? Was hat denn der mittlere Eisenbahnbeamte den Unterbeamten oder dem Eisenbahnarbeiter in sozialer Beziehung voraus? Er ist doch auch nur ein Rädchen in dem großen Werke des Eisenbahnbetriebs, zwar etwas besser bezahlt, aber im übrigen genau so untergeordnet, wie der Lokomotivführer, der Schaffner, Bremser, wie der Arbeiter im Betrieb oder in der Werkstätte.

Die finanziellen Opfer, die der Gesamtverband erfordert, können die Opposition gegen denselben unmöglich rechtfertigen, denn sie sind sehr gering. Als eigentliche Ursache derselben kann also nur die absolut ungerechtfertigte Standesüberhebung in Betracht kommen. Man kann die Beamten, die eine von solchen Bedenken getragene Opposition gegen eine als durchaus zweckmäßig anzuerkennende Organisation machen, nur einträglich warnen. Nichts kann und wird den Forderungen der Beamten mehr hinderlich sein, als dieser durch nichts begründete Standesdünkel. Diese Absonderungsgelüste, die nicht nur für die Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten beleidigend sind, sondern auch außerhalb der Eisenbahnerkreise, bei den nichtbeamteten Steuerzahlern eine geradezu abstruse Wirkung ausüben müssen. Alle Achtung vor den Leistungen unserer mittleren Eisenbahnbeamten, aber zu einem solchen Standesdünkel berechtigen sie in keiner Weise. In der heutigen Zeit der sich zuspitzenden Interessenkämpfe und insbesondere bei uns in Baden, wo man den Organisationen der Staatsbeamten und Arbeiter lieber heute als erst morgen einen Riegel vorschieben möchte, ist eine Haltung, wie sie in der Opposition gegen den Verband der Eisenbahnbeamten und Arbeiter zum Ausdruck kommt, eine sehr bedenkliche Sache.

In Bruchsal

hat das Zentrum den bisherigen Abgeordneten Hauptlehrer Wiedemann wieder als Landtagskandidaten aufgestellt.

Prämierung von landwirtschaftlichen Buchführungen. Wie schon bekannt gemacht wurde, veranstaltet die Landwirtschaftskammer eine Prämierung von landwirtschaftlichen Buchführungen und hat Preise ausgesetzt für gut durchgeführte Buchführungen, wobei insbesondere auch kleinere Wirtschaften Berücksichtigung finden sollen. Die Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß der Termin für die Einreichung von Buchführungen zum Zwecke der Prämierung am 1. Juli abläuft. Die Landwirte, welche sich noch an der Prämierung beteiligen wollen, werden ersucht, sich bald hierzu anzumelden. Fragebogen zu einer kurzen mit den Büchern einzufendenden Gutsbeschreibung werden auf Wunsch von der Landwirtschaftskammer geliefert.

Genossenschaftsbewegung.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hält in Mainz seine Jahresversammlung ab. Anwesend sind 600 Delegierte. Ausländische Vertreter sind erschienen aus England, Dänemark, Schottland, Holland, Schweiz, Schweden und Finnland.

Aus der Partei.

An die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften.

In letzter Zeit haben sich die redaktionellen Anzeigen und Hinweise auf festliche und sonstige Veranstaltungen derart vermehrt, daß dadurch der Raum unseres Blattes in ganz ungebührlicher Weise beansprucht wurde. Wir müssen deshalb künftig davon absehen, solche Anzeigen im redaktionellen Teil des Blattes aufzunehmen, falls nicht besondere Gründe eine Ausnahme rechtfertigen. Für derartige Anzeigen ist der Vereinsanzeiger eingeführt worden. Wir ersuchen die verehrlichen Vereinsvorstände, dies zu beachten und diese Anzeigen künftig an die Expedition des Blattes zu adressieren.

Redaktion des „Volkstreu“

In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am Dienstag Vormittag stattgefunden hat, gedachte zunächst Genosse Singer des verstorbenen Kollegen Goldstein. Er sprach allen Anwesenden aus dem Herzen, wenn er erklärte, daß Goldstein, mit dem wieder einer der Alten von uns geschieden sei, im besten Andenken weiter fortleben werde.

Die Fraktion beschloß sodann, folgende Interpellation einzubringen:

Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts der durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Notstands weiter Volkstreu eine Gesetzesvorlage über eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel, sowie des § 11 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dez. 1902 über die Erteilung von Einfuhrscheinen vorzubringen?

Die Genossen Mollenhuth, Scheidemann und Dr. Südekum sollen die Interpellation begründen und — falls aus irgend welchen Gründen die Interpellation nicht auf die Tagesordnung kommen sollte — bei der Beratung der Mühlenumlagsteuer sagen, was über die Lebensmittelpreise gesagt werden muß. — Als Redner für die am Mittwoch beginnenden Steuerdebatten wurden bestimmt die Genossen Singer, Emmel und Hilbrand.

Ueber die Krankheit Goldsteins teilt die „Dress. Volkstz.“ mit: Im Oktober 1908 schon riß ein Schlaganfall unsern Freund und Genossen aus seiner reichen und vielseitigen Wirksamkeit im sächsischen Landtage. Nach am Tage zuvor hatte er an den Beratungen mehrerer Deputationen teilgenommen und war insbesondere bemüht gewesen, im Interesse der Bergarbeiter einige Verbesserungen in der Berggesetznovelle zu erzielen. Witten in den rastlos betriebenen Vorbereitungen für die Beratung der Volksschulgesetzreform, die die Petitions-Deputation, der er angehörte, damals gerade in Angriff genommen hatte, streckte ihn ein Nervenschlag aufs Krankenlager. Wohl schien er sich wieder etwas erholt zu haben, so daß die Ueberführung in ein Sanatorium, wo er völlige Genesung erwartete, möglich wurde. Sein scheinbar gutes körperliches Befinden war aber trügerischer Schein. Seit Monaten stand nach ärztlichem Gutachten fest, daß unser alter Freund unheilbarem Siechtum verfallen, daß der wiederholte Kampf mit dem sprühenden Temperament, der am liebsten da stand, wo der Kampf am heftigsten war, den Rest seines Lebens im Krankenbette werde verbringen müssen. Unter so traurigen Umständen war der Tod eine Erlösung.

Das Begräbnis des Genossen Goldstein findet am Donnerstag Nachmittag 5 Uhr auf dem St. Pauli-Friedhofe in Dresden statt.

Gröningen, 16. Juni. Das Fest seines 25jährigen Weibens feierte vom 12. bis 14. Juni der Gesangsverein „Lieberfranz“ hier, erfreulicherweise ohne das bei solchen Gelegenheiten sonst allgemein übliche Wettzinsen um Geld- oder Wertpreise. An Stelle des Wettzins trat am Sonntag Vormittag 11 Uhr ein Gesangskonzert in der Schwanenhalle, an dem sich außer dem festgebenden Verein noch 5 Stadt- und 3 Landvereine beteiligten. Gerade am hiesigen Ort mußte dieses Konzert Interesse erregen, weil die beteiligten Vereine teils dem Arbeiterfängerbund, teils dem Badischen Sängerbund oder auch gar keiner Vereinigung angehörten. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß ein Verein Vorzügliches leisten kann, ohne der manchmal geradezu zu einem Unflug ausartenden Preisfingerei zu huldigen, hier wäre er glänzend erbracht worden. Sämtliche Vereine waren bestrebt, ihr Bestes zu geben; die unbestreitbar beste Leistung aber hatte „Kassalla“-Karlbrüche zu verzeichnen. Auch „Vorwärts“-Durlach zeigte sich den übrigen Stadtvereinen mindestens ebenbürtig.

Das Nachmittagskonzert auf dem Festplatz, an dem sich auch die später eingetroffenen Vereine beteiligen wollten, wurde leider durch den frömmernden Regen vereitelt. Die gefanglichen Darbietungen bei diesem friedlichen Wettstreit dürften wohl manchem Veranlassung geben, seine bisherigen Anschauungen über Arbeitergesangsvereine und über den Wert des Preiszinsens einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Kommunalpolitik.

Ein neuer Mißerfolg der Nationalliberalen und des Zentrums in Ladenburg. Wie bei den Bürgerauswahlgewahlen der dritten Wählerklasse, so hatten sich auch bei denen der zweiten Klasse die am Dienstag stattfindenden, Nationalliberalen und Zentrum, die sonst so feindlichen Brüder, zu einem Kompromiß zusammengefunden. Nur ging es diesmal nicht gegen die Sozialdemokratie allein, sondern gegen die Bürgervereinigung, mit der sich die sozialdemokratische Partei zu gemeinsamem Vorgehen verbunden hatte. An einen Sieg der Bürgervereinigung und der Sozialdemokratie war in dieser Klasse freilich nicht zu denken, doch hofften die nationalliberal-ultramontanen Kompromißler bestimmt, daß sie einen glänzenden Sieg erringen würden. Diese Hoffnung hat sich freilich nicht erfüllt. Im Gegenteil erzielte die Oppositionsliste einen derartigen Erfolg, daß die nationalliberal-ultramontanen Kompromißler mit Recht sagen können: „Au waih, ich hab' gemunne“. Nicht einmal ihre volle Liste vermochten sie durchzubringen. Es gelang der Opposition vielmehr, von 11 Sitzen zwei zu erobern. Von 27 Wahlberechtigten haben sich 191 an der Wahl beteiligt. Die nationalliberal-zentrümliche Kompromißliste erhielt 93—99 Stimmen, während die Oppositionsliste mit 89—96 Stimmen nur wenig hinter der Nationalliste zurückblieb. Dieses Resultat bedeutet in Wirklichkeit eine Niederlage der herrschenden Parteien, wie sie angesichts der Verhältnisse nicht schlimmer hätte sein können.

In Auenheim siegten unsere Genossen bei erstmaliger Be- teiligung an den Gemeinderatswahlen in der 2. und 3. Klasse. Es ziehen 14 Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß ein.

Gewerkschaftliches.

Die Holzarbeitersperrung in Würzburg dauert fort. Andere Meldungen sind — wie uns von beteiligter Seite tele- graphiert wird — unklar.

Badische Chronik.

Durlach.

In der letzten Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins wurde das Wahlkomitee für die bevorstehenden Land- tagswahlen gewählt. Dasselbe hat sich nunmehr konstituiert und zum Vorsitzenden den Genossen Gust. Steinbrunn, Hauptstraße 13, gewählt, zum Kassier Michael Weinert, Schwannstraße 4. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden, Geldsendungen an den Kassier zu richten. Ueber die einge- gangenen Beiträge wird im „Volksfreund“ jeweils quittiert. Genossen! Jetzt heißt es arbeiten. Werbt unablässig neue Mitglieder für den Parteiverein, neue Abonnenten für die Parteipresse, unsere beste Waffe im bevorstehenden Wahlkampf. Rührt die paar Monate vor der Wahl noch aus, unsere Gegner sollen uns gerüstet finden. Vor allem besucht die Versamm- lungen besser, die Interessiertheit muß nun aufhören. Also, Genossen, auf an die Arbeit!

Das Wahlkomitee:

Im Auftrage: G. Steinbrunn.

Offenburg.

Vom hiesigen Schöffengericht wurde die Tochter Anna Rufam (der Vater Landwirt Rufam in Nammersweier gab an, er wisse von nichts) wegen Milchpantofferei zu 30 M. bestraft; sie hatte bis zu 50 Prozent Wasser zugesetzt und das Wasser, womit sie den Käsen die Butter abwusch, in dem Eimer gelassen. In Anbetracht dieser Tatsachen ist diese Strafe viel zu gering bemessen.

Furtwangen.

Gewerkschaftsartikel. Nächsten Sonntag findet bei gün- stiger Witterung der geplante Ausflug nach dem Hirzswald statt. Dasselbst treffen sich die Kollegen aller umliegenden Verwal- tungen zu einem gemeinsamen Sommerfest, bei dem die ge- samte Feuerwehr- und Stadtkapelle konzertieren wird. Hierzu laden wir unsere Kollegen, Parteigenossen, sowie jedermann freundlichst ein. Kollegen und Kolleginnen! Sorgt für zahl- reiche Beteiligung. Abmarsch punkt halb 12 Uhr vom „Furt- wanger Hof“

Waldshut.

Ernteausichten. Die Heuernte ist in vollem Gange, doch ist die Quantität nicht einmal mittelmäßig, wodurch bei Heugruberverfertigung recht hohe Preise erzielt werden. Durch das schon einige Tage anhaltende Regenwetter geht jetzt noch ein großer Teil des abgemähten Grases zugrunde, so daß sich für den Landwirt in Bezug auf das Futter nicht die besten Aus- sichten eröffnen.

Die Obsterte verpricht einen sehr guten Ertrag. Sowohl Äpfeln wie Zwetschgen, Äpfeln und Birnbäume stehen reichlich an. Auch die Nebenbäume im Rheintal zu den schönsten Hoffnungen. Feld- und Gartengewächse stehen ebenfalls schön und so darf man, wenn uns nicht noch elementare Gewalten einen Strich durch die Rechnung machen, auf eine gute Ernte hoffen.

Forzheim, 16. Juni. Heute Nachmittag hat sich in der Vor- stadt Brühl ein 63 Jahre alter Mann namens Augenstein er- schossen, nachdem er schon vorher einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich eine Kugel in die rechte Schläfe schoß.

Ein Bedauernswertter Unfall ereignete sich am 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Hause Nr. 28, der Kronprin- zenstraße. Das dort beschäftigte 18 Jahre alte Kontorlehramäd- chen M. J. wurde auf das Fabrikdach geschickt, um dort Paus- kisten zu holen. Auf nicht festzustellende Weise fiel ihm ein Kasten, den es wahrscheinlich zur besseren Handhabung auf die Brüstung des Daches gelegt, in den Hof hinunter. Vermutlich hat es nach dem Kasten greifen oder sehen wollen, dabei das Ubergewicht bekommen und ist dabei 11 Meter hoch abgestürzt. Der Tod trat sofort ein.

Emmeningen, 16. Juni. Mit großem Interesse sieht man in der hiesigen Einwohnerschaft dem Ausgange einer Verleidi- gungssache entgegen, welche 10 hiesige den sog. gebildeten Ständen angehörende Herren (Dr. Amtmann Fischer, Rechtsanwalt Dr. Götz, Apotheker Scheidel in der Heil- und Pflegeanstalt, die praktischen Ärzte Dr. Kühne und Dr. Schenzl, einige Finanz- und Ingenieurpraktikanten und ein Forstassessor) gegen den Redakteur der hiesigen „Weisgauer Nachrichten“ angestrengt haben. Ohne irgend welche Personen zu nennen, war in einem Eingekleidet des genannten Blattes eine nächtliche Kadavergene besprochen, die sich im Anschluß an ein Gelage auf dem Markt- platz hier abgepielt hatte. Der Artikel geißelte in humoristisch- geführlchem Tone dieses Treiben und stellte die Frage: „ob man in solchen Fällen nicht zur Selbsthilfe greifen und solchen rücksichtslosen Nachschwärzern, die in ihrem albernem Hochmut glauben, alles und jedes tun zu dürfen, mit allem Nachdruck einmal begründlich zu machen, daß es außer ihnen auch noch Menschen gebe, die auf jeden Fall An- spruch auf eine ungekürzte Nachtruhe haben“.

Auf die Anzeige der Schutzmannschaft hin wurden die näch- stigen Anwesenden vom Bürgermeisteramt mit einer gelinden Geldstrafe bestraft. Die Herren fühlten sich dann aber durch die Veröffentlichung des Artikels getränkt und erhoben Klage wegen Verleumdung. Der Sühnetermin vor dem Friedensrichter blieb erfolglos, weil der beklagte Redakteur nicht erschienen war, sondern in dem weiteren gerichtlichen Verfahren den Wahrheits- beweis voll und ganz antreten will. Auf den Ausgang der Affäre darf man mit Recht gespannt sein; die Großh. Regierung dürfte aber gleichfalls ein Interesse an solchen Verleumdungen ihrer Be- amten haben.

Vom Schwarzwald, 16. Juni. Gegenwärtig verkehren auf der Schwarzwaldbahn wieder die aus dem vorigen Jahre her noch in Erinnerung stehenden Probezüge mit den neuen großen Waffenzugmaschinen, an welchen letzteren anschei- nend nach den letztjährigen Probefahrten einige Veränderungen vorgenommen worden sind. Die Züge fahren vormittags in der Richtung Konstanz und kehren nachmittags zurück.

St. Georgen, 17. Juni. Gestern wurde der 33 Jahre alte Uhrmacher Timotheus Scharer wegen Sittlichkeitsvergehen (§ 176 Biff. 3) verhaftet und ins Amtsgefängnis Billingen ein- geliefert.

Seit etwa acht Tagen wurde der 20jährige Fritz Rosen- felder vermißt. Heute Mittag nun wurde derselbe als Leiche aus dem fogen. Klosterweiher gezogen. Nach dem, was bis jetzt über die Angelegenheit verlautet, dürfte Selbstmord vorliegen.

Rehl, 16. Juni. Gestern wurde an der hiesigen Rheinhafens- mündung eine männliche Leiche gelandet. Auch in Auen- heim fand man vorgestern im Rheine eine männliche Leiche. Beide waren ältere Männer, die offenbar schon längere Zeit im Wasser gelegen sind. Die Persönlichkeiten der Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Gestern war die Mannschaft des Pionierbataillons mit dem Schlagen einer Pontonbrücke beschäftigt. Dabei schlug ein Naheun; wie die „Bad. N.“ hören, sollen mehrere Soldaten im Rheine ertrunken sein.

Schwetzingen, 16. Juni. Der seit zwei Tagen vermißt acht Jahre alte Knabe der Familie Ries wurde gestern in Heidelberg ermittelt. Er hatte sich an einen Wagen angehängt und ist auf demselben nach Heidelberg gefahren. Dort wurde er auf der Polizeistation abgeliefert und gestern Abend seinen Eltern zu- geführt.

Aus Freiburg.

Freiburg, 17. Juni.

Genossen, agitiert dafür, daß die Versammlung am Sonntag früh gut besucht wird.

Parteigenossen! Agitiert für den „Volksfreund“. Wer jetzt für den Monat Juli bestellt, erhält den „Volksfreund“ bis zum Monatsabschluss.

Kleinwohnungsfrage.

Wie die Presse berichtet, war die liberale Versammlung, welche sich mit der Kleinwohnungsfrage beschäftigte, von etwa 25 Personen besucht. Stadtrat Bea gab einen geschichtlichen Rückblick über das, was in Freiburg auf diesem Gebiet schon geschehen sei und hob in seiner Rede auf die stadtträufliche Be- gründung ab.

Von Interesse war die Diskussion. Man ereiferte sich über die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden sei oder nicht, ob es rationell sei, daß die Stadt baue oder nicht. Herr Ruf ist prinzipiell gegen die Vorlage, aber aus Humanitätsgründen ist er doch dafür. Obwohl nur ein Prozent Wohnungen leer steht, ist es den Herren doch noch zuviel. Am liebsten wäre es dem Herrn Heppeler, wenn gar keine Auswahl in Wohnungen vorhanden wäre. Herr Knibbe ist aus Rücksicht für das Bau- gewerbe gegen die Vorlage, als ob es für das Baugewerbe nicht vollständig gleich wäre, wer die Häuser baut. Die Herren ver- wecheln immer, gewollt oder ungewollt, das Baugewerbe mit demjenigen Bauunternehmertum, welches zugleich Grund- und Hausbesitzer und Spekulant ist. Als normal für den Wohnungs- markt wird ein Zustand bezeichnet, wenn etwa drei Prozent der Wohnungen leer stehen. Nicht ganz unrecht hatten einige Redner, welche die Stadt für die hohen Grundstückspreise verant- wortlich machten. Nur sind diese Herren nicht berechtigt, den Vorwurf zu erheben, denn sie haben diese Politik gebilligt und wenn man die Wohnungsvorlage bekämpft, dann bekämpft man eben eine gesunde Bodenpolitik. Die Stadt Freiburg besitzt mit den unter städtischer Verwaltung stehenden Stiftungen 40 Prozent des Bodens in der Gemarkung. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Stadt baut selber, oder verkauft den Boden an Private. Wenn die Stadt den Boden verkauft, dann verliert sie für alle Zeiten die steigende Grundrente und die Bewohner der Stadt sind dann für immer den Grundbesitzern zur Ausbeutung überworfen. Wenn die Stadt den Ratsschlagen der Hausbesitzer folgt, dann wird das für die Stadt noch viel mehr Schaden bringen für die Zukunft, als wenn alle städti- schen Betriebe in privatem Besitz sind. Die Haus- und Grund- besitzer haben nur Sorge, daß die Preissteigerungen nicht mehr im gleichen Tempo weitergehen wie bis jetzt; um so scharfer sollten die Mieter ihre Forderungen betonen.

Neues vom Tage.

Schwerer Unglücksfall in einer Glaserie.

Stuttgart, 16. Juni. Zwei junge Leute waren mit dem Aufhängen von Glasplatten auf ein Holzregal beschäftigt. Hierbei brach das Regal zusammen und begrub die beiden Leute unter sich. Einer wurde mit zertrümmertem Schädel als Leiche herbeigezogen, dem andern wurde der Brustkorb eingedrückt. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich.

Bergmannslos.

Merlenbach, 16. Juni. Im Schacht 5 der hiesigen Grube der Bergwerksgesellschaft Saar und Mosel sind gestern drei Berg- leute bei der Schieferarbeit getötet worden. Es ist noch nicht festgestellt, ob der Unfall beim Losgehen des Schusses geschah oder ob sich das Pulver vorzeitig entzündet hat und eine Schlag- wetterexplosion herbeiführte.

Familien drama.

Berlin, 16. Juni. In der Michaelisstraße 14 hat sich ein Familien drama ab- gespielt. Der 46 Jahre alte Schneider Perle versuchte, seine drei Kinder und sich selbst durch Leuchtgas zu vergiften. Perle war durch den Tod seiner Frau schwerwiegend geworden. Die Kinder, die im Alter von 9 bis 4 Jahren stehen, sind gerettet.

Eine Familientragödie

hat gestern in Neu-Bittau bei Erner ihren erschütternden Ab- schluß gefunden. Der Kaufmann Adolf Konczal aus Wilmer- dorf bei Berlin tötete seine beiden Kinder, zwei Knaben im Alter von 4 und 2 1/2 Jahren, durch Kesselerlöschungen und machte hierauf durch einen Schuß in die Schläfe seinem eigenen Leben ein Ende. Das Motiv zu der Tat sollen ernste Familienzwistigkeiten gewesen sein.

Eine fürchtbare Wuttat

wurde im Berliner Walde bei Kempen (Pofen) verübt. Dort wurde der Arbeiter Josef Wimar mit durchschnittenem Halbe aufgefunden. Außerdem hatte der Mörder ihm den Mund auf beiden Seiten aufgeschlitzt und den ganzen Körper durch Schnitt- wunden entleert. Da die Werkzeugen und das Geld un- berührt bei der Leiche gefunden wurden, scheint es sich um einen Lustmord oder um einen Mordanschlag zu handeln.

Aus der Residenz.

Karlstraße, 17. Juni.

Trennung von Staat und Kirche.

Die gestrige Versammlung war erfreulicherweise recht gut besucht. Auch eine Anzahl Frauen waren anwesend. Herr Dr. Kullmann schloß sich bei der Behandlung des obigen Themas zunächst an die diesbezüglichen Punkte des zweiten Teils des sozialdem. Programms an. Der Satz: Na- tion ist Privatsache, muß dahin gedeutet werden: Religion ist nicht Staatssache; der Staat hat nicht das Recht, sich auf die eine oder andere Weltanschauung festzusetzen. Es muß die freie Konkurrenz der verschiedenen Weltanschauungen durch ihn ge- sichert werden. Die richtige Weltanschauung muß sich durch ihre besseren Gründe durchsetzen. Insofern ist z. B. der Feier- tagszwang durch den Staat ein Gewissenszwang, der nicht ge- übt werden sollte. Der Staat unterstützt hier die christlichen Zwecke in weitgehendem Maße. Das geschieht auch durch das Strafgesetzbuch, insbesondere durch den § 166, den Gotteslä- sterungsparagraphen. In diesem Paragraphen ist nicht die geringste Rücksicht auf die nicht christlich Gesinnten ge- nommen; dagegen hat der Priester das Recht, die fogen. Frei- religiösen in der schärfsten Weise anzugreifen, kein Paragraph des Strafgesetzbuches wird gegen ihn aufgerufen. Nechtlich steht es mit der Eidesformel, die unter Berufung auf Gottes Allwissenheit die Wahrheit zu erforschen sucht. Die Zeugen sollen ein Glaubensbekenntnis abgeben, dem sie fremd gegenüberstehen. Also auch hier schroffter Gewissens- zwang!

In Baden ist der Großherzog der oberste Bischof der eban- gelischen Kirche. Alle Gesetze kommen nur zustande durch den Landtag und den Großherzog. Derselbe Großherzog soll aber auch als Regent des badischen Landes die Interessen des kato- lischen Teils der Bevölkerung wahrnehmen. Da müssen sich Widersprüche ohne weiteres ergeben. Das Gesetz vom 9. Ok- tober 1860 regelt in Baden das Verhältnis der Kirche zum Staate; in diesem Gesetz sind der Kirche große Vorrechte ein- geräumt und sie wird als gleichberechtigt gegenüber dem Staate anerkannt. Sogar auch in der ersten Kammer Vertreter der kirchlichen Organisationen als weltliche Gesetzgeber.

Eines ist für die Kirchen sehr wichtig: das Recht der Eingehung von Steuern; der Staat leistet ihnen dabei Mittelbesitz. Keine andere Korporation besitzt ähnliche weitgehende Rechte. Tritt man aber aus der Kirchengemein- schaft aus, muß man immer noch zwei Jahre der Kirche den finanziellen Tribut entrichten. Das hindert viele, der Kirchengemeinschaft beizutreten. Sie sagen sich: zwei Jahre muß ich doch noch bezahlen, also ist ein materieller Vorteil für mich gegenwärtig mit dem Austritt nicht verbunden; ich bleibe!

Aber auch mit den allgemeinen Steuern der Staatsbürger werden kirchliche Bedürfnisse befriedigt, die Kirchen erhalten ja jährliche Zuschüsse vom Staate; sie betragen in Baden von 1850 bis 1903 23 690 000 M.

Größere Schattenseiten hat das Verhältnis der Kirche zum Staate durch die Auslieferung der Schule an die Kirche. Hier gilt der Grundsatz: Wer die Schule hat, hat die Zukunft! Das Kind wird von der Schule aus gezwungen, eine bestimmte Religion in sich aufzunehmen. Der Staat sollte erklären: Wir erkennen den Religionsunterricht nicht als Staatszwang an. Aber der Staat will Moral lehren und er glaubt, das könne nur durch die Religion geschehen. Ein wahrhaft sittlicher Mensch kann aber nur dadurch herangebildet werden, daß man seine Charaktereigenschaften stählt und ihn zu guten Handlungen anhält.

Im letzten Teil seiner Ausführungen schilderte der Redner das gegenwärtige Verhältnis der Kirche zum Staat in Fran- reich, da dortselbst die Trennung am reinsten und konsequen- testen durchgeführt ist. Es kommt hierbei nur die katholische Kirche in Betracht, da 98 Prozent der Bevölkerung in Frankreich katholisch sind. Schon bei der französischen Revolution habe man in Frankreich die Kirche vom Staate getrennt. Die heilige, im Jahre 1905 durchgeführte Trennung sei wesentlich anderer Natur. Man muß zugeben, daß dazu große Vorbereitungen nötig waren. Erst am 9. Dezember 1905 trat das Gesetz in Kraft, welches im 1. Artikel besagt: Der Staat erkennt keinen Kult an und besoldet keine Träger des Kultus. Die Dotationen für die Bischöfe, Bischöfe und Priester fallen weg. Diese früher dafür aufgewendeten Summen fallen den politischen Gemeinden zu. Man ist keineswegs rigoros vorgegangen, son- dern hat lokale Uebergangsbestimmungen geschaffen. Abge- schafft ist allerdings der Religionsunterricht durch staatliche Besoldete, die religiöse Eidesformel, das Glockengeläute durch die Kirchen zc. Verbotten wurde ferner die Errichtung von Spitälern, Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten; die Kirche soll sich allein auf die Ausübung der Religion beschränken. Diese Bestimmung war außerordentlich wichtig, da sonst auf Umwegen der Einfluß der Kirche auf den Staat bzw. auf die Bevölle- rung wieder ausgedehnt worden wäre. Auch sonst wurden eine Anzahl Bestimmungen geschaffen, die sich im Erfolge der Tren- nung von Staat und Kirche von selbst ergaben.

Der Papst hat in seiner Enghelica vom Februar 1906 der Trennung das schärfste Verdammungsurteil gesprochen; er er- kannte das Trennungsgesetz nicht an. Die Hierarchie der kathol. Kirche hat dafür gesorgt, daß die französischen Katholiken das päpstliche Urteil zu dem ihren machten. Im allgemeinen hat sich die französische Regierung viel toleranter und entgegen- kommander gezeigt, wie der katholische Klerus. Der Fanatismus der Massen war bis zur Siebschöhe entflammt worden. Trotzdem hat der Trennungsgedanke schließlich doch den Sieg davongetragen.

Die Anwendung für Deutschland wäre die, das herrliche französische Beispiel baldigt nachzuahmen. Es würde damit der Freiheit und dem Fortschritt eine Gasse gebahnt. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion gestaltete sich recht interessant. Es beteilig- ten sich an ihr die Genossen Kolb, Weismann, Müller und Genossin Kücker. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Trennung von Staat und Kirche wurde von den verschiede- nen Seiten aus beleuchtet. Man hob hervor, daß in Deutschland noch lange nicht an diese Trennung zu denken sei, da die Libe- ralen versagen und die Sozialdemokratie häufig mit dieser Forderung allein stehe. Zudem käme in Deutschland die Be- wegung nicht von oben, wie in Frankreich, sondern von unten heraus. Und das ersichere natürlich ihren Fortgang. Man dürbe ja noch keinen ausgesprochen freireligiösen Beamten in einem öffentlichen Amte und übe z. B. auf die Lehrer bei der

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Steine in die Kirche, schlagen dumpf auf und fällen die Köpfe mit rollenden Schlägen, die wie Geschloßener Klängen. In der stillen Tiefe des Raumes liegt ein See grünlischen Wassers, er mit einer...

Verteilung des Religionsunterrichts den allerhöchsten Druck. In Baden brauchte nur das Gesetz von 1860 konsequent durchgeführt zu werden und wir hätten die Trennung der Kirche vom Staate. Aber die badischen Liberalen von vor 30 Jahren hätten heute im Liberalismus keine Nachfolger mehr. Für die Sozialdemokraten komme auch in Betracht, daß sie das Schwere ihrer Agitation auf die Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen zu legen haben. Unsere Aufgaben ergäben sich aus Punkt 6 des Erfurter Programms.

Kurz nach halb 12 Uhr schloß der Vorsitzende Ged die, wir wiederholen, gut besuchte und anregend verlaufene Versammlung.

Der badische Schwarzwaldverein

Werte für dieses Jahr Randern zu seinem Versammlungsort bestimmt. Der Jahresbericht bemerkt u. a., daß das Ergebnis der Sammlung für den Feldbergturm noch lange nicht ausreicht, es seien jetzt ungefähr 60 000 Mk. beisammen und etwa 100 000 Mk. noch nötig. Besser stehe die Sammlung für den Hornisbergturm, mit dessen Bau in aller Wäld begonnen werden könne. Erfreuliche Fortschritte mache auch das Kartenwerk. Die vorgesehenen Summen für Fortführung bereits begonnener Anlagen im Betrage von 9 650 Mk. werden bewilligt, desgleichen auch diejenige für den Bau von Aussichtstürmen. Für diese Anlagen sind 3400 Mk. eingestellt und für Erfüllung von Aussichtstürmen in den Sektionen Peterstal und Oberfisch werden 600 Mark ausgetrieben, und sodann das ganze Budget bewilligt.

Die Mitglieder der sozialdem. Bürgerauschussfraktion werden wir nochmals auf die heute Abend im „Auerhahn“ stattfindende Sitzung aufmerksam.

* Die unentgeltliche Impfung der Kinder des Stadtteils Miltheim findet am Samstag, 19. Juni, von nachmittags 4 Uhr an, durch Herrn Medizinalrat Dr. Kaiser im Saal des Gasthauses zum „Waldborn“ in Miltheim statt.

Der Zirkus Corty-Althoff wird am Samstag früh mittels Extrazugs hier eintreffen und seine geräumigen Zelte auf dem städtischen Festplatz aufschlagen. Als echter Althoff, als einer derjenigen, welche das Zirkusfach zu seiner jetzigen Höhe brachten, legt er besonders Wert auf die höheren Schul- und Freiheitsdresuren, und hat sich durch seine Leistungen einen Namen geschaffen, der weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt ist. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Reitskunst und Dressur finden wir Hervorragendes, auch die weiteren Künste des Zirkus haben hier ihre Heimstätte, alle einzelnen Fächer, als Akrobatik, Jongleurie u. sind durch erstklassige Artisten vertreten. Für Mittwochs, Samstags und Sonntags sind außer den Abendvorstellungen um 8 Uhr je eine Nachmittagsvorstellung, um 4 Uhr beginnend, angelegt, zu denen Kinder und Erwachsene auf allen Plätzen ermäßigte Preise zahlen.

* Der Zentral-Verein der Deutschen Buch- und Zeitschriftenhändler (Berlin) hält in den Tagen vom 19. bis 23. Juni in hiesiger Stadt seine 24. Generalversammlung ab, anlässlich derselben veranstaltet der Lokalverein für Baden und die Pfalz (Sitz Karlsruhe) eine Ausstellung von Buch- und Zeitschriften im oberen Saal des Hotel und Café Romack, Ettlingerstraße. Zur Ausstellung gelangt nur gute Literatur, wie sie in Familie und Haus gelesen wird; sie gibt dem Publikum eine reichhaltige Uebersicht von sämtlichen Familienzeitschriften, Modejournalen, Lieferungswerken u. Die Ausstellung ist unentgeltlich geöffnet und ist das nähere aus dem Inseratenteil ersichtlich.

* Der verdächtige Kaffier. Auf der hiesigen Messe kam einem Dienstmädchen ein Handtäschchen und ein Portemonnaie mit 24 Mk. abhanden. Bei der Durchsicherung bei einem verdächtigen Kaffier der Berg- und Talbahn wurde zwar das Täschchen und Portemonnaie nicht gefunden, wohl aber ein anderes Täschchen, Portemonnaie und 70 Mk. Das Geld will er erspart und die Portemonnaies usw. hier oder in Pforzheim, Heidelberg, Ludwigshafen, Worms, Darmstadt, Straßburg, Genf und Turin in der Berg- und Talbahn gefunden haben. Das Geld und die übrigen Gegenstände wurden beschlagnahmt und der Kaffier vorläufig festgenommen.

* Der Einjährig-Freiwillige, der sich aus Furcht vor Strafe erschossen hat, heißt Wilfer. Er war Gefreiter des 3. Bad. Feldartillerie-Regiments.

Vereinsanzeiger.

Arbeiter-Radsfahrerbund Solidarität, Gau 22, 2. Bezirk. Den Vereinsvorständen der Bezirksvereine diene hiermit nochmals zur Nachricht, daß die Bezirksausfahrt nach Philippsburg endgiltig am nächsten Sonntag, 20. Juni, stattfindet. Treffpunkt wie im Zirkular bestimmt.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht, da zugleich Agitationstour. 8188
Waldborn. (Sozialdem. Partei.) Am Samstag, 19. Juni, abends 7/8 Uhr, findet im Schützen eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen. — Es wird gebeten, auch die geliehenen Bücher aus unserer Vereinsbibliothek mitzubringen. 8189
Der Vorstand.

Wie man große Erfindungen macht.

Nur 10 Tage!
von Samstag, d. 19. bis inkl. Montag, d. 28. Juni.

CIRCUS CORTY-ALTHOFF

Karlsruhe, auf dem städt. Festplatz!

Samstag, den 19. Juni abends 8 Uhr

Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Für Karlsruhe
völlig neues Riesenprogramm!

114 Pferde edelster Rasse	wie es hisher kein Circus geboten hat!	146 Personen erstklassige Künstler und Künstlerinnen. 3182
Phänomenale Dressuren!		Grossartige Leistungen!

Kleine Eintrittspreise.

Abends Vorstellung für Erwachsene u. Kinder:

Loge M. 2.50	Fauteuil M. 1.75	I. Platz M. 1.20	II. Platz 80 Pfg.	Galerie 40 Pfg.
--------------	------------------	------------------	-------------------	-----------------

Militär vom Feldwebel abwärts, wochentags
I. Platz M. 1.00, II. Platz 60 Pfg., Galerie 30 Pfg.

Nachmittags 4 Uhr für Erwachsene u. Kinder:

Loge M. 1.50	Fauteuil M. 1.00	I. Platz 75 Pfg.	II. Platz 50 Pfg.	Galerie 25 Pfg.
--------------	------------------	------------------	-------------------	-----------------

Ich kaufe auf meinen jüngsten Einkaufsreisen ca.

1000 Paar Herren und Damen-Stiefel

Ich erwarb solche so vorteilhaft, dass ich in der Lage bin, dieselben **20-30%** unter regulärem Wert abzugeben.

U. a.

Ca. 300 Paar Herren- u. Damen-Stiefel braun und schwarz	Goodyear Welt Chevreaux u. Box-Calf	9 75
Ca. 200 Paar Herren- u. Damen-Stiefel braun	Chevreaux und Box-Calf	8 50
Ca. 300 Paar Herren-Stiefel echt	Box-Calf	7 75
Ca. 200 Paar Damen-Stiefel braun und schwarz	Chevreaux	5 75

Josef Ettlinger Kaiserstr. 48

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe. 8183

Die betreffenden Artikel sind teilweise in meinem Schaufenster ausgestellt.

Gesangverein Badenia (E. V.)

Am Samstag, den 19. ds. Mts., findet unser diesjähriges **Stadtgarten-Fest**

statt und zwar in Gemeinschaft mit den Teilnehmern der hier tagenden Generalversammlung des „Deutschen Lokomotivführer- und Feuertreibvereins.“

Indem wir auf die ergangene Rundschreiben verweisen, laden wir die verehrlichen Mitglieder mit ihren wertvollen Familienangehörigen mit dem Bemerken höflichst ein, daß bei ungünstiger Witterung abends 8 1/2 Uhr im großen Saale der Festhalle ein Bankett stattfindet.

Der Vorstand.

Blusen! Blusen!
Kostümstücke in großer Auswahl
staumend bill., schöne weiße Voll-
muffelblusen von M. 4.75 an,
weiße Batistblusen v. M. 2.75 an,
schwarze u. farb. Vollmuffelblu-
sen, eleg. weiße Batistkleider
v. 8 Mk. an, weiße Reinenkostüm-
stücke St. M. 5, helle Waschkleider
St. M. 6, Kinderstrümpfe. 3186
Streichst. 52, part. Rein
Baden daher billige Preise.

Herbschiffe
aus Kupfer, Email, ver-
zinkt, in allen Größen.
Schreiben Sie eine Karte ich
sende Ihnen das gewünschte
Schiff franco ins Haus.
Nur bei **J. Blum,**
49 Schützenstraße 49

Rühringerstr. 3, 2. St. ist
ein gut möbl. Zimmer an
Dern oder Fräulein sofort oder
später zu vermieten.

Räumungs-Verkauf

Handschuhe

Ein Posten coul. durchbrochen Halbhandschuhe	Paar 12
Ein Posten weisse Clacé mit 9 Druckknöpfen	Paar 90
Ein Posten Ia. weiss Ziegenleder	Paar 1.90

Paul Burchard.

